Waffengeschäfte Venloer Straße und Bonner Straße - Auflagen zum Jugendschutz

Gutachten der Stadt Köln zur Prüfung der Realisierbarkeit einer möglichen Auflage zur Einhaltung des Jugendschutzes

Nach § 7 JuSchG kann die zuständige Behörde, wenn von einer öffentlichen Veranstaltung oder einem Gewerbebetrieb eine Gefährdung für das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen ausgeht, anordnen, dass der Veranstalter oder Gewerbetreibende Kindern und Jugendlichen die Anwesenheit nicht gestattet. Eine solche Anordnung kann eine Altersbegrenzung, Zeitbegrenzung oder andere Auflagen enthalten, wenn dadurch die Gefährdung ausgeschlossen oder wesentlich gemindert wird. Für ein Verbot kommen alle Jugendgefährdungen von einigem Gewicht, die von einzelnen Gewerbetreibenden ausgehen, in Betracht; vor allem solche, die im Zusammenhang mit Drogenhandel, Drogenkonsum, übermäßigem oder verbotswidrigem Alkoholkonsum, Jugendprostitution, Sexdarstellungen, Eigentums- und Gewaltdelikten stehen.¹ Als Gewerbebetriebe von denen eine Gefahr i.S.d. § 7 JuSchG ausgehen kommen z.B. Gaststätten, in denen neonazistisches Gedankengut verbreitet wird, in Betracht oder Lokalitäten, in denen sich ein kriminelles Milieu (z.B. Betäubungsmittel- und Eigentumskriminalität) entwickelt hat. Ebenso kommen gewerblich genutzte Internetcafés in Betracht, in denen keine hinreichende technische Nutzungskontrolle oder Aufsicht bezüglich der aufgerufenen Online-Angebote gewährleistet ist.²

Eine Gefährdung von Kindern und Jugendlichen liegt vor, wenn bei ungehindertem, objektiv zu erwartendem Geschehensablauf bei Anwesenheit in dem Gewerbebetrieb mit hinreichender Wahrscheinlichkeit die psychische Konstitution oder das sozialetische Wertebild Minderjähriger Schaden nehmen kann. Grundlage der Gefahrenprognose müssen ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte, Erfahrungen des täglichen Lebens, das Erfahrungswissen von Polizeibeamten/innen oder Sozialarbeiter/innen oder wissenschaftliche oder technische Erkenntnisse sein.

Nach Einschätzung der Jugendverwaltung besteht beim Kauf von sog. Anscheinswaffen (die von Jugendlichen ab 14 Jahren erworben werden dürfen) die Gefahr, dass der Besitz einer solchen Waffe und das damit verbundene Machtgefühl die Hemmschwelle bis zur Anwendung von Gewalt herabsetzt. Zudem besteht für die Jugendlichen jedenfalls dann eine Gefahr, wenn sie die Anscheinswaffe (entgegen des Verbotes in § 42 a WaffG) in der Öffentlichkeit führen. Aufgrund ihrer realistischen Gestaltung sind diese – selbst von im Umgang mit Waffen geschulten Personen – kaum von „echten“ Waffen, die unter das Waffengesetz fallen, zu unterscheiden. Sollten Jugendliche, die sichtbar Anscheinswaffen mit sich führen, in einen Konflikt verwickelt werden oder in Rahmen alterstypischer Bagatelldelinquenz Anscheinswaffen mit sich führen, lässt sich nicht ausschließen, dass ggf. Polizeibeamte/innen die Anscheinswaffen als echte Schusswaffen identifizieren und ggf. zur Hilfe/Verteidigung der angegriffenen Person als letzte Möglichkeit ihre eigene Schusswaffe gegen die Jugendlichen einsetzen.

(Vgl. zu dieser Gefahr die Begründung zur Einführung des § 42 a WaffG im Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Waffenrechts, BT-Drs. 16/7717: Insbesondere von offen geführten Anscheinswaffen geht ein erhebliches Drohpotenzial aus, das zu kriminellen Zwecken oder zur Begehung groben Unfugs ausgenutzt werden kann. Hinzu kommt, dass die Polizei die täuschend echt wirkenden Nachbildungen im Einsatz mit echten Schusswaffen verwechseln und in der Annahme einer vermeintlichen Notwehr- oder Nothilfesituation

¹ Liesching in Erbs/Kolhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, 179. Ergänzungslieferung 2010, § 7 JuSchG, Rn. 4.

² Liesching in Erbs/Kolhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, 179. Ergänzungslieferung 2010, § 7 JuSchG, Rn. 4.

mit verheerenden Folgen von der Dienstwaffe Gebrauch machen kann. Da diese Gefahr auch von Anscheinswaffen ausgehen kann, die in einem Holster nur leicht verdeckt getragen werden, wird sowohl das offene als auch verdeckte Führen untersagt. Zulässig ist es jedoch, eine erworbene Anscheinswaffe nach dem Erwerb in einem Behältnis nach Hause zu transportieren.)

(1) Generelles Betretungsverbot der Waffenläden für Kinder/Jugendliche

Der Erwerb von Anscheinswaffen oder Soft-Air-Pistolen (wenn die Bewegungsenergie der verschossenen Plastik-Kugeln 0,5 Joule nicht überschreitet) ist Jugendlichen ab 14. Jahren erlaubt. Somit kann nicht generell durch Auflagen nach dem Jugendschutzgesetz erreicht werden, dass diese „Spielzeug“-Waffen nicht von ihnen erworben werden. Zudem können in den Geschäften der Firma PW Tobacco neben Waffen/Anscheinswaffen auch Waren, wie z.B. Kleidung oder Rucksäcke erworben werden, die von Kindern/Jugendlichen ohne Einschränkungen erworben werden dürfen.

Demzufolge lässt sich ein generelles Betretungsverbot der Waffengeschäfte der Firma Tobacco nicht über § 7 JuSchG rechtfertigen.

(2) Auflage – Jugendliche zwischen 14.-16. Jahren dürfen Anscheinswaffen/Soft-Air-Pistolen nur in Begleitung einer erziehungsbeauftragten/personensorgeberechtigten Person erwerben

Denkbar ist jedoch eine Auflage, die sich primär an die Erziehungsverantwortung der jeweiligen Eltern richtet, aber nicht generell den Kauf der Anscheinswaffen/Soft-Air-Pistolen durch Jugendliche unterbindet (und damit letztendlich die grundgesetzliche garantierte Gewerbefreiheit einschränkt). Eine solche Auflage könnte vorsehen, dass Jugendliche zwischen 14. und 16. Jahren Anscheinswaffen/Soft-Air-Pistolen nur in Begleitung einer erziehungsbeauftragten oder personensorgeberechtigten Person erwerben dürfen. In diesem Falle läge es dann auch in der Verantwortung der Eltern, ihre Kinder über die mit dem Kauf verbundenen o.g. Gefahren entsprechend aufzuklären.

Ob eine solche Auflage in einer gerichtlichen Auseinandersetzung Bestand haben würde, ist jedoch äußerst zweifelhaft, da sich die Gefahr nicht aus der Anwesenheit von Kindern/Jugendlichen im Waffenladen ergibt, sondern erst nach dem (erlaubten) Kauf einer Anscheinswaffe/Soft-Air-Waffe und der daran anschließenden (ggf. verbotswidrigen) Verwendung. Eine Anscheinswaffe darf nicht in der Öffentlichkeit geführt werden, § 42 a WaffG. Eine Anscheinswaffe im Sinne des § 42 a WaffG führt, wer die tatsächliche Gewalt darüber außerhalb der eigenen Wohnung, der Geschäftsräume, des eigenen befriedeten Besitztums oder einer Schießstätte ausübt. D.h. die Jugendlichen dürfen die Anscheinswaffen nur in der eigenen Wohnung/der Wohnung ihrer Eltern oder im eigenen Garten benutzen. Demzufolge liegt es auch eher in der Verantwortung der jeweiligen Eltern auf ihre Kinder im Hinblick auf eine „wertvollere Freizeitbeschäftigung“ einzuwirken. Bei einer Zuwiderhandlung gegen das Führungsverbot droht ein Bußgeld, § 53, I Nr. 21 a WaffG.

(3) Entfernung der Hinweisschilder „ab 14. Jahren“ bzw. „ab 16. Jahren“

Eine Auflage, die vorsieht, dass der Betreiber der Firma PW Tobacco seine Schaufenster dezenter gestaltet und insb. die Hinweisschilder „ab 14. Jahren“, „ab 16. Jahren“ entfernt, lässt sich ebenfalls nicht hinreichend im Hinblick auf eine dadurch verursachte Jugendgefährdung begründen. Zwar werden durch diese Hinweisschilder gezielt Jugendliche angesprochen und zum Kauf animiert. Allerdings „wirbt“ der Inhaber der Firma PW Tobacco lediglich mit den gesetzlich geregelten Kaufaltergrenzen.

(4) Kontrollen der Mitarbeiter/innen der Waffengeschäfte

Die (jugendlichen) Käufer von Anscheinswaffen/Soft-Air-Pistolen müssen über das Führungsverbot des § 42 a WaffG durch die Mitarbeiter/innen der Firma PW Tobacco aufgeklärt werden. Zudem dürfen Anscheinswaffen nur in verschlossenen Behältnissen (z.B. mit einem Schloss versperrte Tasche) oder der eingeschweißten Originalverpackung nach Hause transportiert werden. Ob diese Vorschriften von den Mitarbeiter/innen eingehalten werden, sollte engmaschig kontrolliert werden. Zudem bieten sich ggf. Testkäufe von 13.-jährigen

Kindern an, die Anscheinswaffen oder Soft-Air-Pistolen, die erst ab 14. Jahren erworben werden dürfen, in den Läden der Firma PW Tobacco zu kaufen versuchen. Sollten bei diesen Kontrollen vermehrt Verstöße gegen die bestehenden Regelungen festgestellt werden, so kann über dann ggf. erforderliche Maßnahmen entschieden werden. Laut Schreiben von Ordnungsbehörde vom 07.01.2011 hat die für Maßnahmen und Überwachung nach dem WaffG zuständige Polizei Köln der Verwaltung jedoch auf Anfrage bereits mitgeteilt, dass die Niederlassungen der Firma PW Tobacco mehrfach überprüft worden seien und beanstandungsfrei betrieben würden.

(5) Aufklärung der Eltern über die Reichweite des Taschengeldparagrafen, § 110 BGB

Sämtliche Verträge, die durch beschränkt geschäftsfähige Minderjährige (Kinder ab Vollendung des 7. Lebensjahres) abgeschlossen werden, bedürfen der Zustimmung (vorherige Einwilligung oder nachträgliche Genehmigung) der gesetzlichen Vertreter, §§ 107, 108 BGB. Es sei denn, der Minderjährige bewirkt die vertragsmäßige Leistung mit Mitteln, die ihm zu diesem Zweck oder zur freien Verfügung von den gesetzlichen Vertretern oder mit deren Zustimmung von einem Dritten überlassen worden sind, vgl. § 110 BGB.

Es besteht allerdings eine Einschränkung hinsichtlich der Mittel, die zur freien Verfügbarkeit überlassen werden, wenn dem Minderjährigen (beim Kauf) klar war, dass seine Eltern mit der Verwendung der ihm grundsätzlich zur freien Verfügung überlassenen Mittel für einen derartigen Kauf nicht einverstanden waren (vgl. anliegendes Urteil des AG Freiburg vom 24.10.1997 – 51 C 3570/97). In dem konkreten Fall ging es um einen 14.-Jährigen, der sich eine Airsoftgun (nebst Munition) im Wert von 76,90 DM von seinem Taschengeld gekauft hatte, seine Eltern einen solchen Kauf jedoch nicht billigten.

Unter Hinweis auf die möglichen Gefahren bzw. aus pädagogischen Erwägungen wäre es für das Jugendamt möglich, auf Eltern im Rahmen einer Presseerklärung einzuwirken, ihren Kindern ausdrücklich nicht zu erlauben, mit dem überlassenen Taschengeld, Anscheinswaffen/Soft-Air-Pistolen zu erwerben. Ein solcher Hinweis müsste sich jedoch auf sämtliche Anbieter solcher Produkte beziehen und nicht ausschließlich auf die Firma PW Tobacco. Dies hätte zur Folge, dass in dieser Weise durch ihre Eltern belehrte Minderjährige keine wirksamen Verträge bzgl. der genannten Gegenstände schließen können. Eltern, die ihre Kinder in dieser Form belehrt haben, können beim Fund einer solchen Waffe, den Kauf über § 812 BGB (ggf. im Klagewege) rückabwickeln.